

DER SPRINGENDE Nürnberg SPD PUNKT

» AUS DEM UNTERBEZIRK
Geschäftsführer
Michael Arnold wechselt in
die SPD-Stadtratsfraktion

» NÜRNBERG
Mit Mut und Durchhaltevermögen durch die Krise



Liebe Leserinnen
und Leser,

Olaf Scholz wird unser Kanzlerkandidat. Das ist gut so. Gerade in dieser Krisenzeit hat er unter Beweis gestellt, dass er mit Weitsicht und einem kühlen Kopf führen und das Krisenmanagement meistern kann. „Wir wollen mit Wumms aus der Krise kommen“, forderte er und legt ein bundesweites Konjunkturprogramm auf, das es in sich hatte. Das ist es eben: Er kann nicht nur eine solide Regierungsarbeit in die Waagschale schmeißen, sondern auch viel Erfahrung als früherer Bürgermeister von Hamburg. Gerade diese kommunale Perspektive, das Wissen um die Sorgen und Nöte der Städte, war wichtig und wird es in den nächsten Jahren auch bleiben. Hier vor Ort wird die Daseinsvorsorge geleistet und zeigt sich, ob und wie leistungsfähig zum Beispiel unsere Krankenhäuser oder Pflegeheime sind. Dafür braucht es auch eine ausreichende finanzielle Ausstattung und einen Kanzler, der genau das auf dem Schirm hat.

Euer

Thorsten Brehm

DIE NORIS INKLUSION

DIE SITUATION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG
IN ZEITEN VON CORONA



Geschäftsführer Christian Schadinger berichtet den Sozialdemokraten von der aktuellen Situation der Noris Inklusion.

Von ANJA PRÖLSS-KAMMERER

Auch während der Sommertage zu Ferienbeginn blieb die SPD nicht untätig – Natascha Kohnen, Landesvorsitzende der BayernSPD und Landtagsabgeordnete sowie Uli Grötsch, Mitglied des Bundestags, Generalsekretär der BayernSPD sowie Mitglied im Bundesvorstand der SPD machten eine Sommerreise durch Bayern. Diese führte sie in verschiedene Regierungsbezirke unter dem Motto „Offensive Chancengleichheit“. Eine Station war auch Nürnberg. Hier besuchten sie die Noris Inklusion an ihrem Standort am Marienpark. Begleitet wurden sie dabei von Thorsten Brehm, Anja Pröls-Kammerer und der neuen Sozialreferentin Elisabeth Ries. Neben einer Besichtigungstour stand vor allem die Frage im Vordergrund, wie geht und ging es den Menschen mit Behinderung während der Corona-Pandemie.

Die Noris Inklusion gGmbH, eine Tochter der Stadt Nürnberg, bietet vielfältige Angebote für erwachsene behinderte Menschen in Nürnberg – das Motto dabei: Mittendrin und dabei. Sie ist Arbeitgeber für über 500 Menschen, bietet Wohnprojekte, Wohnheime und ambulant betreutes Wohnen, ist Bildungsbegleiter und gestaltet gemeinsam mit den behinderten Menschen auch Freizeit. Am Marienpark betreibt die Noris Inklusion die Natur-Erlebnis-Gärtnerei. Nach einem Rundgang durch die Gärtnerei, in der die Mitarbeiter*innen der Noris Inklusion Zierpflanzen und Kräuter anbauen, vorbei an Rent-a-Huhn (frische Eier für Hühnerpaten), der integrativen Kindertagesstätte Kükenkoje und den Rotkopfschafen sowie der Töpferei für Zier- und Gebrauchskeramikartikel konnten alle besichtigen, wie vielfältig »>



Vor dem Hühnergehege wird über das Konzept Rent-a-Huhn berichtet.



Vor der Tour wurde bei allen Gästen die Temperatur gemessen, wie es täglich bei den Mitarbeitern getan wird.



In den Ladenräumen der Natur-Erlebnis-Gärtnerei.

verboten? Hinzu kamen fehlende Versorgung mit Hygiene- und Desinfektionsmitteln, fehlende Testmöglichkeiten und es wurde deutlich, dass für den Fall einer Pandemie Regelungslücken in Gesetzen und Verordnungen des Bundes und der Länder für diesen Personenkreis bzw. diese Versorgungsstrukturen bestehen. Die SPD-Vertreter*innen nahmen diese Informationen mit großem Interesse auf und versprachen auch, sich hier weiter einzusetzen.

Schadinger betonte auch, welche Folgen das Betretungsverbot sowohl für die Menschen mit Behinderung als auch für die Werkstätten hatte. Das Betretungsverbot galt bis Mai, für Wohnheimbewohner und besondere Risikogruppen noch länger. In Folge dessen konnten sie nicht arbeiten und die Werkstätten somit auch nicht produzieren. Noch schlimmer: Die Mitarbeiter*innen erhielten keinen Lohn, da sie ja eigentlich nicht krank waren oder in Quarantäne, sondern aufgrund der Allgemeinverfügung nicht arbeiten durften. Das heißt im Klartext: Die Beschäftigten der Werkstätten, die unmittelbar von der Arbeit ausgeschlossen waren, hatten keinen Anspruch auf Lohn, obwohl das Betretungsverbot einem Beschäftigungsverbot gleichkam. Hier besteht dringender Regelungs- und Reformbedarf.

Eindringlich appellierte Schadinger an die Politik, hier nachzusteuern. Eine Lehre aus der Pandemie muss es sein, dass Menschen mit Behinderung aufgrund ihres individuellen Risikos betrachtet werden und nicht pauschal als Risikogruppe angesehen werden. Sonst würden per se Menschen ausgeschlossen und bevormundet nur aufgrund dessen, dass sie eine Behinderung aufweisen. Nach dem anregenden Gespräch mit vielen Eindrücken und auch Aufträgen setzten Natascha Kohnen und Uli Grötsch ihre Sommerreise fort.

und lebendig die Arbeit mit behinderten Menschen am Standort Marienpark ist und zeigten sich sehr beeindruckt.

Im anschließenden Gespräch wurde aber auch deutlich, wie sehr Corona auch die Norris Inklusion getroffen hat und auch weiter beeinträchtigt. Nicht nur, dass zu Beginn der Pandemie ein umfangreiches Betretungsverbot für behinderte Menschen herrschte – gleichzeitig aber auch Mitarbeiter zum Teil aus Risikogruppen die Pflanzen hegen und gießen mussten, um sicherzustellen, dass sie für einen späteren Verkauf zur Verfügung stünden. Neben dem Betretungsverbot wurden beispielsweise die Wohnheime mit den gleichen Empfehlungen und Auflagen belegt wie Altenheime – ambulante Angebote wiederum blieben außen vor. Es wurde deutlich, dass es zwar vielfältige Hilfen im deutschen Sozialstaat gibt, jedoch gerade für behinderte Menschen hier deutliche Lücken offenbar wurden, wie Christian Schadinger, der Chef der Norris Inklusion eindrücklich berichtete.

Dies führte zu großen Verunsicherungen bei Menschen mit Behinderung, deren Angehörigen, aber auch beim Personal sowie den Einrichtungsträgern: Was ist erlaubt? Was ist

Seit Mitte Juni hat Michael Arnold einen neuen Arbeitsplatz. Nachdem er vier Jahre lang den Unterbezirk der Nürnberger SPD geleitet hat, führt ihn sein Weg jetzt ins Rathaus. Dort tritt er als neuer Geschäftsführer in die Fußstapfen von Anja Klier, die sich kürzlich in den Mutterschutz verabschiedet hat. Wir haben mit Michael ein kurzes Gespräch zu seinem Abschied vom Unterbezirk und seiner neuen Herausforderung in der Stadtratsfraktion geführt.

NEUER GESCHÄFTSFÜHRER FÜR DIE SPD-STADTRATSFRAKTION

MICHAEL ARNOLD WECHSELT VOM KARL-BRÖGER-HAUS INS RATHAUS



Seit Anfang Juni bist du nicht mehr im Karl-Bröger-Haus, sondern im Rathaus anzutreffen. Was waren die Gründe für deinen Wechsel? Als Politikwissenschaftler reizt mich besonders, dass meine neue Stelle einen noch stärkeren Fokus auf die inhaltliche politische Arbeit legt. Ich habe mich deshalb sehr gefreut, als man mir die neue berufliche Perspektive in der Stadtratsfraktion eröffnet hat. Ich durfte die Nürnberger SPD seit 2016 in allen Facetten der politi-

schen Arbeit begleiten. Es war mir immer eine Herzensangelegenheit, da ich weiß wie wichtig die Politik der SPD für die Gesellschaft ist. Das werde ich nun von anderer Stelle aus mit vollem Elan weiter unterstützen. Und auf die neue Herausforderung freue ich mich sehr. Auch glaube ich, dass meine Erfahrung aus der Partei-zentrale gerade für das sich neu ausrichtende Zusammenspiel von Fraktion und Partei gewinnbringend sein kann.

nen und Stadträten gut und wahrnehmbar umgesetzt wird.

Was sind deine Ziele als Geschäftsführer der SPD-Stadtratsfraktion?

Wir sprechen innerhalb der SPD ja schon länger über notwendige Reaktionen auf ein verändertes gesellschaftliches und öffentliches Umfeld. Das trifft nach den Erkenntnissen aus den Kommunalwahlen nun auch noch mehr auf die besondere Stellung der Sozialdemokratie in Nürnberg zu. Die SPD wird eine neue, veränderte Rolle für sich in der Stadt und auch speziell im Rathaus einnehmen und definieren müssen. Als zweitgrößte Fraktion, mit unserem Bürgermeister und unseren Referentinnen und Referenten haben wir aber alle Chancen Nürnberg weiter gut mitzugestalten. Und ich werde alles dafür geben, dass wir diese Chancen bis 2026 nutzen können.

Was ist dein Lieblingsort an deinem neuen Arbeitsplatz?

Der Nürnberger Rathauskomplex ist ein beeindruckendes historisches Gebäude. Es ist schon wirklich sehr besonders hier jeden Morgen hineinzugehen. Ich mag aber auch unsere kleine Fraktionsküche und dort die Ecke mit der Kaffeemaschine.

Was würdest du deinem oder deiner Nachfolger*in im Unterbezirk als Ratschlag mitgeben? Grundsätzlich empfehle ich, immer ruhig zu bleiben (lacht). Ansonsten ist es aus meiner Sicht für die Person ganz persönlich wichtig, sich Raum für den eigenen Fokus und den individuellen Arbeitsschwerpunkt zu nehmen. Und das ist schwer genug in dem schnelllebigen politischen Geschäft.

Was wirst du an deiner Arbeit im Unterbezirk besonders vermissen?

Sicher sehr viele Dinge. Aber allem voran werde ich besonders die vielen engagierten Menschen vermissen, die ich über die Jahre während meiner Arbeit dort kennen lernen durfte. Die Kolleginnen und Kollegen, die Ehrenamtlichen, die Mandatsträgerinnen, Mandatsträger und die vielen Parteimitglieder, die alle mit Herzblut tagtäglich für ihre Mitmenschen und das soziale Gleichgewicht in unserer Gesellschaft arbeiten und streiten. All diese Menschen sind ein echtes Pfund und machen die SPD zu einer so besonderen Partei.

Was sind deine Aufgaben in deiner neuen Funktion?

In der Geschäftsstelle der Rathaus-SPD koordinieren und unterstützen wir die Arbeit aller Mitglieder der SPD-Fraktion und dem Fraktionsvorstand. Bei uns laufen unter anderem politische Initiativen, Veranstaltungsplanung, Terminkoordination, Korrespondenz und strategische Planung der SPD-Stadtratsfraktion zusammen. Als Geschäftsführer bin ich dafür verantwortlich, dass die Koordination dieser Arbeit im Zusammenspiel mit den Stadträtin-

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Thorsten Brehm

Redaktion: Thorsten Brehm, Vanessa Kurowski, Nicole Scharrer

Redaktionsanschrift: der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare

Nürnberg

SPD



MIT MUT UND DURCHHALTEVERMÖGEN DURCH DIE KRISE

AUF TOUR DURCH NÜRNBERG

Zu Besuch im italienischen Restaurant A Tavola: Geschäftsführer Alessandro Franco (links) im Gespräch mit Arif Tasdelen und Gabriela Heinrich.

von GABRIELA HEINRICH, MdB und ARIF TAŞDELEN, MdL

Das persönliche Gespräch ist insbesondere in Krisenzeiten wichtig. Deshalb haben wir in den vergangenen Wochen Gewerbetreibende, soziale Einrichtungen, Vereine und Kirchen in Nürnberg besucht, um zu erfahren, wie es ihnen in der Corona-Krise ergeht und vor welchen Herausforderungen sie womöglich noch stehen.

Und so machten wir uns auf den Weg quer durch Nürnberg. Bei mehreren Besuchen in drei Tagen haben wir viele konstruktive Gespräche geführt, einen guten Einblick hinter die Kulissen bekommen und einige konkrete Anliegen und Rückmeldungen bekommen, die wir in den Landtag und den Bundestag mitnehmen werden.

Soforthilfen haben viele Läden über Wasser gehalten

Los ging es im Buchladen Frenkel & Co in der Fürther Straße. Nach einer herzlichen Begrüßung durch die Ladeninhaberin erfuhren wir,



dass auch der Buchhandel in der Corona-Krise starke Einbußen hinnehmen musste. Neben dem ohnehin schon zunehmenden Online-Handel seien die hohen Mieten ein zusätzliches Problem.

Die Soforthilfen von Bund und Land waren für einige unserer Gesprächspartnerinnen und -partner eine große Hilfe. Gerade in Zeiten der Ladenschließungen zu Beginn der Corona-Pandemie war die schnelle und unbürokratische Unterstützung wichtig, um sich über Wasser halten zu können. Allerdings stellten die Hygienevorschriften und die vielen Anordnungen der Behörden die Inhaberinnen und Inhaber vor große Herausforderungen. Viele können nur wenige Sitzplätze im Freien anbieten und im Innenbereich ist die zulässige Gästezahl stark reduziert. „Ich brauche den Umsatz, muss aber Gäste wegschicken“, erklärte uns der Inhaber des Cafés Krummbeere in Gostenhof.



Anderere – wie das Café Ludwigs am Rathausplatz – haben kurzum die Parkplätze vor

dem Café als Sitzbereich umfunktioniert und eigene Möbel aus Paletten gebaut. Die Arbeit hat sich gelohnt. Denn abgesehen davon, dass der schöne Sitzbereich an der Straße die Gegend optisch aufwertet, ist ein Umsatz im Geschäft kaum mehr möglich. Das berichtete uns auch der Inhaber des italienischen Restaurants A Tavola ein paar Häuser weiter. Die Gäste vermeiden es, den Innenbereich zu nutzen. Das stellt die Eigentümer im Hinblick auf den Winter natürlich vor ein Problem. „Wir denken über einen Pavillon im Außenbereich nach“, erzählt Alessandro Franco, dem der Laden schon seit 17 Jahren gehört. „Dann können die Gäste zumindest auch bei Regen draußen sitzen“.



Gut erholt hat sich mittlerweile die Kaffeerösterei Rösttrommel. Die Zeit des Lockdowns zog zwar auch hier große Einnahmeverluste nach sich. Der Vorteil: neben der Gastronomie erzielt die Kaffeerösterei auch Einnahmen aus dem Einzelhandel. Und der schoss mit dem Verkauf von Kaffee deutlich nach oben.

Mit kreativen Lösungen auf die Krise reagieren Ein Problem, vor dem jedoch die meisten standen: Infolge des Lockdowns und der Einnahmeausfälle von bis zu 100 Prozent meldeten viele Gewerbetreibende für ihre Mitarbeiter*innen Kurzarbeit an. Dabei war eigentlich viel zu tun: So mussten zum Beispiel Online-Verkaufsangebote entwickelt oder Läden für eine Wiedereröffnung umgebaut werden.

Wie sagt man aber auch so schön: Not macht erfinderisch. Und so hatten sich die einzelnen Geschäftsinhaberinnen und -inhaber kreative Ideen einfallen lassen, um sich den neuen Herausforderungen zu stellen. Beim Buchhandel konnten „Bücher-to-go“ gekauft werden, in einem anderen Fachgeschäft wurden die Waren über die nahegelegene Metzgerei auf Rechnung verkauft. Dass der Ladeninhaber bei einzelnen Einkäufen von bis zu 300 Euro bange wurde, ist verständlich. Umso erfreulicher war dann der Blick auf die Abrechnung. Alle Einkäufe wurden fristgerecht bezahlt.

Auch an Mut zum Neuanfang fehlt es nicht. Ein paar Schritte von unseren Büros im Karl-Bröger-Haus entfernt hat erst vor drei Wochen der Friseursalon 0911 seine Türen geöffnet. Die

vier Plätze im Laden seien mit genügend Abstand zueinander aufgebaut und jetzt schon gut besetzt, berichtet uns Inhaber Ercan Özcan. Dran kommt man meistens nur mit Termin. Anstrengend sei das Tragen der Masken – so



wohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für die Kundschaft, die beim Schneiden um die Ohren oder Haare färben manchmal erfinderisch werden müssen.

Freiwillige Gutscheinelösung für abgesagte Reisen wird angenommen

Aufgrund der verhängten Reisewarnung für die Türkei läuft das Sommerferiengeschäft für das Reisebüro „Artour“ in der Fürther Straße schleppend. „Vor der Krise flog Turkish Airlines vier bis fünf Mal am Tag nach Antalya, jetzt vier bis fünf Mal die Woche“, so der Geschäftsinhaber. Dass das auch Auswirkungen auf sein Reisebüro hat, spürt er deutlich. 80 Prozent des Umsatzes seien weggefallen. Die beschlossene Gutscheinelösung von der Bundesregierung ist von seiner Kundschaft aber gut angenommen worden.



Klassiker statt Blockbuster – dem Kino fehlt es an neuen Filmen

Nach rund drei Monaten Schließung bahnt sich auch das Cinécittà in Nürnberg den Weg aus der Krise. Bis jetzt liege der Umsatz im Vergleich zu den vorherigen Monaten bei nur knapp 25 Prozent, erzählte uns die Geschäftsführerin Laura Weber. Ein Großteil davon kommt aus der Gastronomie. Denn auch hier merkt man: Die Gäste meiden geschlossene Räume. Das Cinemagnum, das normalerweise über 500 Plätze hat, ist derzeit für 200 Personen mit Einhaltung der Abstandsregeln nutzbar. Voll wird es bis jetzt jedoch nicht.

Hinzu kommt, dass es mittlerweile an Blockbustern fehlt. Filme wie der lang erwartete James Bond können zurzeit nicht starten, da

in vielen Ländern die Kinos weiterhin geschlossen bleiben. Auch die Produktion neuer Filme muss erst mal nach hinten verschoben werden. Aktuell laufen deshalb wieder einige Klassiker im Kino. Einen Besuch sind sie sicher auch wert – derzeit kann man sich das Popcorn sogar bequem an den Platz bestellen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben einen großen Kreis gezogen. Nicht nur Gewerbetreibende, sondern auch soziale Einrichtungen, Kirchen und Vereine waren und sind betroffen. Deshalb wollten wir wissen: Vor welchen Herausforderungen stehen wir hier in Nürnberg?



Leere Zimmer im Jugendwohnheim

Im Jugendwohnheim des Katholischen Verbands für Mädchen- und Frauensozialarbeit IN VIA e.V. wohnen normalerweise rund 120 Bewohnerinnen zwischen 15 und 27 Jahren. Viele von ihnen kommen aus anderen Städten oder Dörfern und besuchen in Nürnberg die Berufsschule. Infolge der Schulschließungen fiel für sie der Blockunterricht vor Ort aus, sodass viele Zimmer im Wohnheim leer blieben. Das führte für das Wohnheim zu enormen Zahlungsausfällen. Im Gespräch mit der Geschäftsführerin und einigen Mitarbeiter*innen haben wir uns erkundigt, wie wir die Jugendwohnheime auf Bundes- und Landesebene besser unterstützen können, damit dieses tolle Angebot für junge Menschen auch weiterhin erhalten bleibt.



Die Kirchen standen ebenfalls vor neuen Herausforderungen. Wir trafen uns mit Pfarrer Peter Bielmeier in der Dreieinigkeitskirche und erfuhren, wie er und seine Gemeinde die letzte Zeit erlebten. Der Lockdown, so berichtet uns der Pfarrer, sei nicht weiter schlimm gewesen. Die unterschiedlichen Corona-Regeln hingegen führten zu großer Verwirrung und einem erheblichen Mehraufwand. Nahezu alle Veran-

staltungen mussten abgesagt und aufs nächste Jahr verschoben werden. Auch wenn die Nachfrage nach der Seelsorge in der Corona-Zeit nicht gestiegen ist, erachten Pfarrer Bielmeier und seine Kolleginnen und Kollegen den Gottesdienst als systemrelevant.

Mehraufwand und Veränderungen im laufenden Betrieb gab es auch bei der Nürnberger Tafel. Viele Ehrenamtliche im Alter von 70 Jahren oder älter haben sich aus Sorge vor einer Infektion mit dem Coronavirus von der Essensausgabe zurückgezogen. Viel Hilfe kam in dieser Zeit von Studierenden. Die gewohnte Essensausgabe musste komplett auf „Tütenausgabe“ umgestellt werden, was bei vielen Bedürftigen auf Verärgerung gestoßen ist, da sie die Lebensmittel nicht selbst auswählen konnten.



Einen hohen Mitgliederschwund müssen derzeit viele Sportvereine verzeichnen. „Die Menschen sind vorsichtiger geworden“, berichtete uns der Jugendleiter des Sportvereins SGV Nürnberg-Fürth 1883 e.V. Seit Corona gab es nur noch 25 Eintritte, ein Einbruch im Vergleich zu den Monaten davor. Der Verein konnte mittlerweile zwar in vielen Abteilungen den Sportbetrieb wieder aufnehmen, dennoch gibt es zum Beispiel für die Fußballrunden bis Anfang September noch ein Spielverbot. „Für den Herbst sehe ich schon eine Austrittswelle voraus“, so der Jugendleiter weiter.

Die gute Gesprächskultur mit den Gewerbetreibenden, Einrichtungen und Vereinen hat uns gezeigt, dass der Gesprächsbedarf hoch ist. Jede und Jeder war während der Corona-Krise und des Lockdowns mit den unterschiedlichsten Herausforderungen konfrontiert, die es zu bewältigen galt. Wir durften viele Gewerbetreibende kennenlernen, die mit unglaublichem Engagement, Herzblut und Kreativität auf die Krise reagiert haben. Auch wenn Bund und Länder beschlossen haben, auf lokale Ausbrüche zielgerichteter zu reagieren und damit Maßnahmen nicht gleich auf die gesamte Stadt zu beziehen, sitzt die Angst vor einer zweiten Infektionswelle bei allen natürlich tief. Gleichzeitig ist man aber auch besser für die Zukunft „gewappnet“. Wir nehmen die vielen Anregungen mit in den Bundestag und Landtag und machen uns für zielgerichtete Unterstützungsprogramme im Sinne der Selbstständigen, Vereine und Einrichtungen stark.

Wegen seiner großen Bedeutung für die Nürnberger AWO und den Stadtteil möchte ich in dieser dsp-Ausgabe einen ausführlichen Blick auf das Loni-Übler-Haus in Mögeldorf lenken und einen kurzen Einblick in weitere Hilfs- und Erholungsangebote geben, die die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt im Laufe der Jahre entwickelt hat. Dabei kann es sich immer nur um eine Auswahl handeln, weil die Vielzahl der Angebote diesen Rahmen sprengen würde. Aber das nur nebenbei. Nun zurück zu „unserem“ Mögeldorfer Jugendwohnheim:

1951 erbaut, wurde das Wohnheim 1956 nach dem damaligen ersten Vorsitzenden der Nürnberger AWO, Loni Übler, benannt, der am 19. August 1956 verstorben war. In einer Broschüre des Heimes steht dazu geschrieben: „Das Jugendwohnheim Nürnberg, Marthastraße 60 erhielt am 15. September 1956 den Namen: Loni-Übler-Jugendwohnheim zur dauernden Erinnerung an den Mann, der an der Spitze des Vereinsvorstandes unter größten persönlichen Opfern das Jugendwohnheim (...), geschaffen hat.“

Echte menschliche Hilfe

Zur Zielgruppe des Heimes schreibt der damalige Geschäftsführer Bertold Kamm: „Schulentlassene Jugendliche von immer noch evakuierten Nürnbergern, von Heimatvertriebenen und Jugendliche aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands strömen alljährlich in die Lehrstellen der Großstadt Nürnberg. Diesen jungen Menschen eine zweite Heimat für die Zeit der Bewährung im Beruf zu geben war das Ziel, das sich die Erbauer des Loni-Übler-Jugendwohnheimes gesetzt haben.“ Weiteres beschreibt Kamm das Wohnheim und dessen Ziele wie folgt: „Nicht eine reine Unterkunft nur mit Verpflegung und Wohnung ist dieses Haus, sondern die echte menschliche Hilfe äußert sich vor allen Dingen in fürsorglicher und jugendpflegerischer Betreuung der Heimbewohner.“ Auch wenn bei der der Schließung des Heimes in den 70er Jahren einige Mängel festgestellt wurden, genoss das Haus viele Jahre einen guten Ruf. So schrieb die Nürnberger Zeitung zur Eröffnung: „Die kleinen Wohnzimmer tragen die Namen bedeutender Dichter, Künstler, Techniker und Sozialisten. Die Räume strahlen Behagen und Sauberkeit aus, allenthalben eine Atmosphäre von Frieden, Frische, Geborgenheit...“ Und auch zwei ehemalige Heimbewohner äußern sich positiv über ihre Zeit dort: „Ich war schon einmal drei Jahre in einem Wohnheim und muß zugeben, daß ich mit den schlimmsten Erwartungen hierher kam. Ich freue mich, sagen zu können, daß keine dieser Erwartungen in Erfüllung gegangen ist.

EIN ZUHAUSE FÜR JUGENDLICHE UND ERHOLUNG AM STADTRAND

Ganz im Gegenteil, ich bin auf das Angenehmste überrascht. Der ganze Bau, die Einrichtungen sind fabelhaft (...). Dann gefällt mir besonders die Atmosphäre, die im Heim herrscht. Überall besteht ein freundschaftliches, beinahe herzliches Verhältnis der Heimbewohner untereinander.“ Ein weiterer Bewohner schreibt in der Rückschau über seine Zeit im Loni-Übler-Heim: „Die Heimzeit war sehr schön, und ich denke gerne an sie zurück; vor allem doch so sorglos. Wo werde ich nochmal Gelegenheit haben, mich so ausschließlich meinen persönlichen Interessen widmen zu können.“

Demokratische Erziehung

Ein wichtiger Baustein der Arbeit im Loni-Übler-Heim war die demokratische Erziehung. Schon allein durch die selbstverwaltende Struktur des Heims wurde sie greifbar und anschaulich vorgelebt: „Die alljährlich stattfindenden Wahlen erbringen eine sehr hohe Wahlbeteiligung. Der Heimausschuß bemüht sich um die jugendpflegerischen Angelegenheiten des Heimes. (...) Der Heimbeirat hat größere Befugnisse. Er kümmert sich um das gesamte Heimleben, beschließt notwendig werdende Änderungen der Heimordnung und steht auch jedem Heimbewohner für Beschwerde und Beratung zur Verfügung.“ Diese Art der Beteiligung der Bewohner an Entscheidungen, die das Heim und damit sie selbst betrafen, war vor allem dann wichtig, als sich in den darauffolgenden Jahren die „Zusammensetzung“ der Bewohner mehr und mehr veränderte. Waren es zunächst vor allem berufstätige Jugendliche, Voll- und Halbwaisen, so kamen ab Ende der 50er Jahre vermehrt Studenten ins Heim. Im Jahresbericht von 1969 heißt es dazu: „Die vielschichtigen Interessen und der Altersunterschied bringen Probleme mit sich. (...) Gegenseitiges Verständnis und Zusammenarbeit ist das Hauptanliegen der Heimgemeinschaft. Es wird indessen nicht leicht sein, immer alle Begabungen zusammenzufassen, da gerade Studenten sich meist sehr intensiv um die materiellen Fragen kümmern müssen und oft ihr Studium selbst verdienen.“ Neben den Studenten hielten auch vermehrt Praktikanten aus den unterschiedlichsten Ländern Einzug im Mögeldorfer Heim. Doch offenbar ließen sich diese beiden Gruppen vergleichsweise wenig erziehen, denn im AWO-Jahresbericht steht dazu: „Wenn ein pädagogischer Einfluss bei den beiden zuletzt genannten



Loni-Übler

Gruppen nur in beschränktem Maße wirksam sein kann, so bleibt doch unser Grundsatz: eine gute Vorbereitung auf die Lebensaufgaben, das Hineinwachsenlassen in die verantwortliche und individuelle Ermutigung, den Lebenskampf zu bestehen, sind und bleiben die Ziel der Jugendwohnheimarbeit.“

Das Jugendgemeinschaftswerk – Schafhof muss wieder öffnen

Der Zustrom an Jugendlichen, die nach Bayern kamen wuchs zunehmend an und stellte auch den Nürnberger AWO-Kreisverband vor große Herausforderungen. Der Platz reichte nicht aus, um diese große Anzahl beherbergen zu können, weder in Mimbberg, noch im Loni-Übler-Heim. In Zusammenarbeit mit anderen Wohlfahrtsverbänden gründete die Nürnberger AWO zwei Jugendgemeinschaftswerke. Der Ansturm von – heute würde man sagen „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“ - wurde nach dem Bau der Mauer nicht kleiner. Im Gegenteil: „Überraschend kamen aber immer wieder junge Menschen über das Notaufnahmelager Gießen nach Nürnberg und wurden vom Jugendgemeinschaftswerk betreut. Es kamen Jungen von 15 Jahren aufwärts, die die Lehre meistens unterbrochen hatten. In diesen Fällen war es unsere besondere Aufgabe für eine Fortsetzung der Berufsausbildung zu sorgen.“ Die Nürnberger AWO unterstützte die jungen Menschen auch bei allen Behördengängen und half ihnen bei manchmal entstehenden Schwierigkeiten. Interessant ist auch eine Bemerkung über das Leben in der Sowjetischen Besatzungszone, die ich hier wiedergeben und unkommentiert stehen lassen möchte: „In der jahrelangen Arbeit ist immer aufgefal-



Junge Menschen in Wohngemeinschaft Kollwitzstraße

len, daß junge Leute aus Ost-Deutschland, auch wenn sie drüben längst volljährig geworden sind, noch sehr unselbständig sind. Das ist kein Wunder, denn die Erziehung in der DDR führt nicht zur Selbständigkeit.“ Die hohe Anzahl von Flüchtlingen nach dem Bau veranlasste die Nürnberger AWO dazu Flüchtlingslager in Schafhof wieder zu öffnen. Es hatte bereits nach Ende des Zweiten Weltkrieges den Flüchtlingen aus den Ostgebieten als Unterkunft gedient. Auch jetzt hieß es wieder, Geschirr, Töpfe und Möbel zu organisieren, sowie Kochmöglichkeiten zu schaffen. Wie immer, war auch diese Hilfsmaßnahme nur durch den Einsatz von vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern möglich.

Wohnheim für junge Geflüchtete in der Kollwitzstraße

Auch die Öffnung von Schafhof reichte nicht aus, um den jugendlichen Geflüchteten ein Dach über den Kopf zu bieten, vor allem für diejenigen, die nur eine kurze Zeit in Nürnberg blieben. Deswegen entschied sich die Nürnberger AWO eine Wohnung in der Kollwitzstraße anzumieten, um die jungen Menschen betreuen zu können: „Zur Aufnahme in unser Durchgangsheim gelangen Jugendliche und junge Männer im Alter von 15 – 25 Jahren, welche aus den SBZ-Notaufnahmelagern Gießen und Westberlin-Marienfelde oder aus der Durchgangsstelle für Spätaussiedler in Nürnberg zugewiesen werden. (...) Unsere Betreuung während des vorübergehenden Aufenthaltes (von drei bis 28 Tagen) umfaßt die ständige, aber unaufdringliche Beratung über die veränderten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse, in welche der junge Mensch hineinwachsen soll.“ Dass das für die Jugendlichen



Kinder bei der Stadtranderholung



Bilder:AWO Nürnberg

Bau des Jugendwohnheimes

nicht immer einfach gewesen ist, zeigen uns folgende Sätze: „In diesem Zusammenhang sei besonders auf die großen inneren Schwierigkeiten aller jungen Leute hingewiesen. Ewig am Gängelband ihres Regimes geführt, stehen sie einer ungewohnten Freiheit gegenüber, mit der sie vorerst wenig anzufangen wissen. Gar mancher ist daran gescheitert.“

„Ferien in Nürnberg – und doch im Grünen“

Die Nürnberger AWO bot neben den Hilfsmaßnahmen für Jugendliche aus der Ferne über viele Jahre hinweg Erholungsmöglichkeiten für Kinder und Ältere in Nürnberg, und zwar am Rande der Stadt. Ziel der Stadtranderholung war es, Kindern und Rentnern eine Möglichkeit zur Erholung zu geben, die ihre Ferien bzw. ihre Freizeit nicht weiter außerhalb von Nürnberg verbringen konnten. 1961 wurde die erste Stadtranderholung der Nürnberger AWO in der Münchner Straße eröffnet: „Die Stadtranderholung ist nichts Neues, sie ist bald so alt, wie die Ältesten unter uns, und vielen von den Erwachsenen und Alten ist sie noch eine lebendige Erinnerung aus der Kind-

heit her“, heißt es im Bericht von 1969. „Sie ist auch verhältnismäßig bald nach dem Kriege wieder ins Leben gerufen worden. Die Arbeiterwohlfahrt hat in den ersten Jahren für Tageserholungsveranstaltungen verschiedene Plätze benutzt, so das Waldheim ‚Freundschaft‘ und den Oster Sportplatz“. Dieses Format traf auf derart großes Interesse, dass die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt sich dazu entschloss, das Angebot zu verstetigen: „Als die Kinder der Stadtranderholung im Jahr 1960 durch ein kleines Fest ihren Abschied von den Ferien feierten, versprach die Vorsitzende Käte Reichert, daß im Jahre 1961 ein neuer Platz für die Ferienkinder fertiggestellt wäre. Nun, das Versprechen wurde gehalten. Hinter dem Sportplatz am Rangierbahnhof wurde das Gelände gefunden, auf dem nun 100 Kinder am Tage Erholung finden (...)“ Nur fünf Jahre später entstand eine weitere Erholungsmöglichkeit am Rande der Stadt im Nürnberger Westen: „(...) in der Weihergartenstraße (...). Sie wurde in räumlichem Zusammenhang mit einem Mutter-Kind-Heim und einem Kindergarten mit Schulkinderhort errichtet.“

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IN ZEITEN VON CORONA



von GABRIELA HEINRICH, MdB

Ein Virus kennt keine Grenzen. Die Corona-Pandemie macht deutlich, dass die Weltgemeinschaft in ein und demselben Boot sitzt. Zwar sind einige Staaten mit der Krise bisher besser zurechtgekommen als andere. Das Virus lässt sich aber nur erfolgreich eindämmen, wenn dies überall auf der Welt gelingt. Nicht nur dabei, sondern auch um mit den wirtschaftlichen Folgen von „Lockdowns“ und des eingebrochenen Handels klarzukommen, brauchen viele Länder Unterstützung.

Deutschland ist bisher den Umständen entsprechend gut durch die Krise gekommen. Das haben wir den entschiedenen Konjunkturmaßnahmen, dem Kurzarbeitergeld und verantwortungsvoller SPD-Krisenpolitik zu verdanken. Mit Populismus – das wurde zum Beispiel in Brasilien und den USA deutlich – kann man zwar kurzzeitig Applaus erhalten, das Virus lässt sich davon aber nicht beeindrucken. Die Stärke der Demokratie und von seriöser Politik zugunsten der Menschen wird insofern gerade in einer Krise deutlich.

Es kann uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht ausreichen, nur in Deutschland gut durch die Krise zu kommen. Das ist eine moralische Frage, eine Frage des Zusammenhalts und auch eine wirtschaftliche. Deutschland als Exportland ist auf den weltweiten Handel angewiesen. Davon hängen auch viele Arbeitsplätze in Nürnberg ab. Wir wollen und wir müssen

daher auch anderen Ländern in der Krise helfen, die diese Hilfe brauchen.

Auf europäischer Ebene ist hierfür ein 750 Milliarden Euro schweres Paket aus Zuschüssen und Krediten vorgesehen. Damit sollen vor allem Staaten wie Spanien und Italien wieder auf die Beine kommen, wo das Virus besonders viel Schaden angerichtet hat. Deutschland und Frankreich hatten dieses Paket gemeinsam eingebracht – es basiert übrigens auf den Vorschlägen von Olaf Scholz und Norbert Walter-Borjans. Für die Zukunft von und den Zusammenhalt in Europa ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir in der Krise einander helfen und die Menschen auch merken, dass wir uns in Europa aufeinander verlassen können und eben nicht nur Jeder allein für sich handelt. Wo die EU in 20 Jahren steht, wird entscheidend auch von unserem Handeln heute abhängen.

Wir müssen auch über die europäischen Grenzen hinaus denken. In unserer Einen Welt gibt es nicht nur globale Lieferketten mit einer weltweit vernetzten Wirtschaft, sondern auch globale Verantwortung. Hier sind die reichen Länder besonders gefragt. Das Corona-Virus kennt keine Länder, keine Kontinente. Wir haben erlebt, dass es sich von einem Land heraus schnell in die ganze Welt ausbreiten kann. Insbesondere in den Entwicklungsländern gibt es aber weder ein gutes Gesundheitssystem noch die Mittel für wirksame Konjunkturpakete.

Deutschland kann nicht die Probleme der ganzen Welt im Alleingang lösen. Deswegen ist es gut, dass die Weltgemeinschaft erste Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer ergriffen hat, auf die wir weiter aufbauen müssen, wie zum Beispiel Schuldenerlasse und Hilfen. Allein in Afrika drohen in diesem Jahr 20 Millionen Arbeitsplätze aufgrund der Krise wegzufallen, Investitionen und Auslandsüberweisungen gehen zurück, der Handel ist eingebrochen. Das alles passiert, obwohl das Virus in Afrika bei weitem noch nicht so stark grassiert wie beispielsweise in Lateinamerika. Bisherige Entwicklungserfolge drohen zu verschwinden, Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit – das alles sind auch Fluchtursachen – nehmen wieder zu.

Neben der gemeinsamen Hilfe zusammen mit den anderen Industriestaaten können und müssen wir auch einen nationalen Beitrag leisten. Dabei geht es nicht nur um Geld. Die Arbeits- und sozialen Bedingungen – und der Schutz vor dem Virus – von zum Beispiel Textilarbeiterinnen in Bangladesch hängen von den Vorgaben ab. Aufbauend auf dem von der SPD durchgesetzten Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte wollen wir daher jetzt ein Lieferkettengesetz in der Großen Koalition durchsetzen. Deutsche Firmen wollen wir damit stärker verpflichten, Menschenrechte und Schutzvorschriften in ihren globalen Lieferketten auch außerhalb Deutschlands zu beachten.

Wir haben in Berlin zusätzliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe beschlossen. Allein drei Milliarden Euro aus dem Konjunkturpaket fließen jetzt zusätzlich in die Entwicklungszusammenarbeit, auch in Beratung und Ausstattung für die Virus-Bekämpfung. Insgesamt haben wir die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit in den letzten sieben Jahren auf rund 12 Milliarden Euro im Jahr verdoppelt. 1 Milliarde Euro davon fließt übrigens in den Haushaltsposten „Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur“, mit dem wir weltweit die Menschen in Flüchtlingslagern zum Beispiel in Afrika und im Nahen Osten unterstützen. 2013, zum Ende der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung, standen für diesen Posten gerade einmal 50 Millionen Euro zur Verfügung.

Probleme lassen sich nur miteinander lösen. Dafür braucht es die internationale Solidarität – und eine starke Sozialdemokratie!

OHNE GENERALVERDACHT – ABER MIT OFFENEN AUGEN

von ARIF TAŞDELEN, MdL

*Nachdem Bundesinnenminister Horst Seehofer kürzlich eine Studie zu Racial Profiling bei der Polizei ablehnte, wirbt er nun für eine Studie über Gewalt gegen Polizeibeamt*innen. Das sorgt für reichlich Diskussionsstoff. Meiner Meinung nach schließt das eine das andere aber nicht aus.*

Auch Polizist*innen würden von Studie zu Racial Profiling profitieren

Der Innenminister begründet seine Ablehnung einer Studie zu Racial Profiling damit, dass Diskriminierung durch Polizeibeamt*innen ohnehin verboten sei. Nach dieser Argumentation wäre aber auch die vom Innenminister jüngst geforderte Studie zu Gewalt gegen Polizist*innen unnötig, weil ebenso Gewalt gegen Polizist*innen verboten ist. Das sind für mich unnötige Taschenspielertricks. Wir wollen wissen, wie wir zukünftig verhindern können, dass Menschen durch die Polizei diskriminiert werden.

Berichte darüber, dass Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Haarfarbe oder anderer äußerer Merkmale, aber ohne konkreten Anlass kontrolliert werden, gibt es genug. Es geht keineswegs um einen Generalverdacht gegen die Polizei. Es geht darum, Polizist*innen zu sensibilisieren und jegliche Fälle von Diskriminierung zu verhindern. Denn diese Fälle sorgen in der Öffentlichkeit für einen Vertrauensverlust und schaden allen Polizist*innen. Davon, Diskriminierung zu unterbinden, profitieren alle. Aus diesem Grund befürwortet auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter eine solche Studie.

Wir brauchen ein Gesamtkonzept, um Beschäftigte des öffentlichen Dienstes vor Gewalt zu schützen

Ebenso wollen wir aber auch erfahren, wie die Situation zu Gewalt gegen Polizist*innen ist und wie wir unsere Polizist*innen besser schützen können. Laut Lagebild des Bundeskriminalamtes wurden 2019 knapp 37.000 Fälle von Widerstand gegen und Angriffen auf die Staatsgewalt erfasst. Gegenüber dem Vorjahr war das ein Anstieg um acht Prozent. Angriffe gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gibt es ebenso in Behörden, bei der Feuerwehr oder an Schulen: Die Gewerkschaften berichten seit Jahren von einer steigenden Zahl von Angriffen gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst.



Als SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag fordern wir deshalb einen besseren Schutz der Beschäftigten und Bediensteten. Hier muss der Freistaat als Dienstherr seine Fürsorgepflicht erfüllen. Ich habe für die SPD-Fraktion Ende letzten Jahres einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Darin fordere ich die Staatsregierung auf, ein Gesamtkonzept für den Schutz vor Gewalt zu erarbeiten. Das Konzept soll auf dem Leitbild einer gelebten Kultur des Respekts gegenüber dem öffentlichen Dienst aufbauen. Es soll wirksame Maßnahmen zur Gewaltprävention enthalten und schnelle Hilfs- und Unterstützungsangebote für von Gewalt Betroffene vorsehen. Der Freistaat muss an der Seite seiner Beschäftigten und Bediensteten stehen und ihnen ein Arbeitsumfeld frei von Angst und Gewalt ermöglichen. Nur so kann sich der öffentliche Dienst als attraktiver Arbeitgeber beweisen und eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung führen.

Einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst müssen wir nicht nur für Krisenzeiten, sondern für alle Menschen im Freistaat erhalten und stärken

Denn insbesondere in Krisenzeiten wird deutlich, wie wichtig ein leistungsfähiger Staat und eine erstklassige Verwaltung sind. Viele Beschäftigte und Bedienstete kämpfen an vorderster Front gegen die Folgen der Corona-Pandemie, zum Beispiel in den Gesundheitsämtern, den Schulen, den Finanzämtern, den Regierungen oder bei der Polizei. Deshalb habe ich den Bayerischen Ministerpräsidenten

bereits frühzeitig in einem Brief gebeten, die Leistungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angemessen zu würdigen, nachdem die Krise überstanden ist.

Fest steht: Einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst müssen wir nicht nur für Krisenzeiten, sondern für alle Menschen im Freistaat erhalten und stärken. Dafür ist ein sicheres Arbeitsumfeld eine unabdingbare Voraussetzung. Übergriffe gegen diejenigen, die für unsere Gesellschaft handeln und für unsere Sicherheit sorgen, dürfen wir nicht tolerieren.

Um geeignete Maßnahmen zu entwickeln, brauchen wir eine verlässliche Datengrundlage

Aus diesen Gründen brauchen wir beides: eine Studie zu Racial Profiling und eine Studie zu Gewalt gegen Polizist*innen. Beleidigungen, Übergriffe und Gewalt gegen Polizist*innen müssen umfassend dokumentiert werden. Auf dieser Basis müssen wir anschließend wirksame Maßnahmen zur Prävention und für den Schutz unserer Polizist*innen entwickeln. Ebenso brauchen wir aber auch verlässliche Zahlen zu Fällen von Racial Profiling. Wir dürfen niemanden unter Generalverdacht stellen. Aber wegschauen und Diskriminierung durch die Polizei zum Tabuthema erklären, dürfen wir ebenso wenig. Denn als demokratische Gesellschaft müssen wir dort besonders genau hinschauen, wo Menschen – aus welchen Gründen auch immer – diskriminiert werden.



DIE SPD WILL IN DER KRISE MEHR FÜR DIE KULTURBRANCHE TUN

von STEFAN SCHUSTER, MdB

Ich möchte diese Ausgabe des Springenden Punkts dafür nutzen, ein Schlaglicht auf eine Branche zu werfen, die von der Krise bis heute besonders betroffen ist und für die es immer noch keine schlüssigen Lösungen gibt: Die Kulturschaffenden wie Musiker, Künstler, Schauspieler oder Tänzer hatten durch die Corona-Beschränkungen de facto ein Berufsverbot und müssen auch heute noch ohne den Großteil ihrer Einnahmen auskommen. Sie waren die ersten, die ihrer Tätigkeit nicht mehr nachgehen konnten und werden wahrscheinlich die letzten sein, die das wieder uneingeschränkt tun können. Die betroffene Branche reicht von den Kulturschaffenden selbst, über die Veranstaltungsorte (Galerien und Konzertsälen) mit ihren Angestellten, selbstständigen Licht- und Tontechnikern bis hin zur Gastronomie und Hotellerie. Schon im Mai habe ich hier im Springenden Punkt kurz dargestellt, wie sich die SPD im Landtag für konkretere Hilfen für die Kulturbranche starkmacht. Seitdem hat sich an der Situation für die Betroffenen leider wenig geändert.

Der Mensch lebt nicht von Brot allein. Kunst und Kultur sind Werte einer Gemeinschaft, die Kommunikation, Verständigung und Integration fördern. Eine Gemeinschaft ohne Künstler ist wie Essen ohne Geschmack.

- Ismail Çoban, Künstler aus Wuppertal

Es wäre zwar falsch zu behaupten, dass die Staatsregierung komplett untätig war. Es wäre aber auch falsch zu behaupten, dass sie die Betroffenen ausreichend unterstützen. Nehmen wir zwei konkrete Beispiele:

Der Betreiber eines Clubs, in dem regelmäßig Konzerte und andere Veranstaltungen statt-



Kultur aus der Region - Fränkische Mundart von Anja Seidel und Günter Stössel.

finden, kann wie alle anderen Unternehmer auf Staatshilfen zurückgreifen. Er kann seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken und kann Hilfen beantragen. Diese Hilfen würden aber nur seine Betriebsausgaben wie Miete und Strom abdecken und nicht seine entgangenen Einnahmen, von denen er lebt. Auch die vorübergehend gesenkte Mehrwertsteuer für die Gastronomie hilft ihm wenig, da ihm die Einnahmen fehlen. Er muss also irgendwie von seinem Ersparnen leben, solange er kann. Dazu kommt, dass er schwer verschuldet aus der Krise kommen würde.

Das zweite Beispiel ist eine Künstlerin, die von Veranstaltungen lebt und nicht fest angestellt ist (z.B. beim Staatstheater). Sie ist selbstständig, hat aber kaum Betriebsausgaben (Miete oder ähnliches), für die sie Hilfe erhalten würde. Ihr fallen einfach die Einnahmen für den Lebensunterhalt weg. Es gäbe in Bayern für sie eine Corona-Soforthilfe in Höhe von 1.000 Euro monatlich. Diese ist allerdings erst nach Monaten angelaufen und sie wird nur maximal drei Monate lang ausgezahlt. Viele Betroffene bekommen diese Hilfe aber nicht und ab dem 30. September gibt es sie gar nicht mehr. Unsere Künstlerin könnte eine sein, der es wie vielen anderen geht: Sie fällt durch alle Rettungsnetze und sie hat keine Perspektive, wovon sie jetzt leben soll. Soll sie jetzt Grundsicherung (Hartz IV) beantragen? Selbst das geht nicht immer. Wer in eine freiwillige Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, muss sich an diese wenden. Bei der müsste man dann erst alle erhaltenen Staatshilfen zurückzahlen und Insolvenz anmelden, um etwas zu erhalten.

In anderen Bundesländern gibt es für Kulturschaffende wie sie eine Lösung: In Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen

wurde der sogenannte „fiktive Unternehmerlohn“ eingeführt. Solo-Selbstständige erhalten bis zu 1.180 Euro Unterstützung und jeder und jede hat darauf Anspruch. Diese Lösung verfolgen wir gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien schon eine ganze Weile. Die Staatsregierung blockiert das allerdings bis heute. Auch unserem fiktiven Club-Betreiber und allen anderen kulturellen Spielstätten wollen wir endlich mit einem verbesserten Stabilisierungsprogramm eine Perspektive bieten.

Ich bin ehrlich beeindruckt, welche Lösungsansätze die Betroffenen vor Ort für ihre Einnahmeausfälle gefunden haben. Aus der Szene selbst kamen auch in Nürnberg viele kreative Ansätze, von denen auch einige von der Stadt aufgegriffen und unterstützt wurden. Es ist beeindruckend, wie viele dieser kleinen Betriebe und Solo-Selbstständigen mit vorausschauend gebildeten Rücklagen und viel Kreativität bisher durch die Krise gesteuert sind. Aber auch ihnen wird irgendwann die Puste ausgehen, wenn wir sie weiterhin damit alleinlassen.

Die oben beschriebene finanzielle Unterstützung kann aber nur ein erster Schritt sein im Überlebenskampf der Kulturbranche. Gleichzeitig müssen wir auch schon daran denken, was passiert, wenn eines Tages die aufgeschobenen Ausgaben und aufgenommenen Kredite fällig werden. Der wichtigste Schritt ist, der Szene eine klare Perspektive aufzuzeigen, wann und wie es für sie weitergeht, damit die Kulturschaffenden wieder auf eigenen Beinen stehen können. Die Kulturpolitiker der SPD-Landtagsfraktion drängen die Staatsregierung deshalb mit Briefen und Anträgen immer wieder, endlich tragfähige Konzepte zu erarbeiten, um der Kulturbranche nach und nach den Weg zurück zur Normalität zu ebnet.

„AUFRÄUMEN“ IN DER FLEISCHBRANCHE

Arbeitsminister Hubertus Heil räumt wie angekündigt in der Fleischbranche auf. Das Bundeskabinett hat die geplanten schärferen Regeln für die Fleischindustrie auf den Weg gebracht. Bald werden Werkverträge verboten und Arbeitszeitverstöße strenger geahndet. „Wir schützen die Beschäftigten und beenden die Verantwortungslosigkeit in Teilen der Fleischindustrie“, so der Arbeitsminister.

Nicht zuletzt die Häufung von Corona-Fällen in verschiedenen Fleischbetrieben hat den Fokus auf die in der Fleischbranche herrschenden menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen gerichtet. Die Beschäftigten wurden in der Pandemie mutwillig einem erheblichen Gesundheitsrisiko ausgesetzt.

Ende Mai kündigte der Arbeitsminister an, diese Form des rücksichtslosen Wirtschaftens nicht mehr zu akzeptieren. Nun hat das Kabinett ein „Arbeitsschutzprogramm für die Fleischwirtschaft“ beschlossen. Geplant sind verschiedene gesetzliche Regelungen, wie ein Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit in der Fleischindustrie ab dem kommenden Jahr, schärfere Kontrollen und höhere Bußgelder bei Verstößen gegen Arbeitszeitvorschriften.

„Dass die Arbeitsbedingungen und die Unterkünfte der Arbeiter in der Fleischindustrie oft unterirdisch sind, war in den letzten Wochen unübersehbar - und nicht länger hinnehmbar“, sagte Heil. „16-Stunden-Tage und beengtes Wohnen in Gemeinschaftsunterkünften akzeptieren wir nicht länger.“ Gezielte Kontrolle und klare Verhältnisse seien das Gebot der Stunde. Der Arbeitsminister weiter: „Deshalb werden wir den Missbrauch von Werkverträgen beenden, mehr Kontrollen und höhere Bußgelder einführen, Arbeitszeit elektronisch erfassen lassen und auch branchenübergreifend Standards für die Unterkünfte festlegen.“

Darum geht's

> Es kann nicht sein, dass Menschen aus Mittel- und Osteuropa in Deutschland ausgebeutet werden, damit skrupellose Firmen milliardenschwere Gewinne einfahren.

> In der Fleischbranche wurden gesetzliche Regelungen immer wieder trickreich umgangen. Eine Wurzel des Übels ist der massive Einsatz von Werkverträgen, bis zu 80 Prozent der Beschäftigten werden so beschäftigt. In den Fleischfabriken hat sich ein schwer durchschaubares Subsubunternehmertum entwickelt.



> Ab Januar wird es diese Konstrukte nicht mehr geben. Arbeitsminister Hubertus Heil wird **Werkverträge und Leiharbeit in dieser Branche verbieten**. Beim Schlachten, Zerlegen und in der Fleischverarbeitung dürfen Großbetriebe ab 2021 nur noch eigene Beschäftigte einsetzen. Bei Verstößen drohen Bußgelder. Ausgenommen von dem Verbot sind Fleischerhandwerksbetriebe mit bis zu 49 Beschäftigten.

> Außerdem wird die **digitale Erfassung der Arbeitszeit** vorgeschrieben, um Kontrollen zu erleichtern. Auch da wurde viel getrickst.

> Die **Arbeitsschutzbehörden** und der **Zoll** werden scharf kontrollieren. Sie werden häufiger prüfen, unter welchen Bedingungen gearbeitet wird, in was für Unterkünften die Beschäftigten wohnen, ob Transporte zur Arbeit so organisiert werden, dass sich nicht zwangsläufig alle mit dem Coronavirus anstecken.

> Viele Bundesländer haben den **Arbeitsschutz** kleingespart. Damit sie wieder **mehr Personal** einstellen, wird der Arbeitsminister vorschreiben, wie oft Betriebe geprüft werden müssen.

Heil: „Wir schützen die Beschäftigten“

„Wir sorgen so dafür, dass die Arbeitgeber wieder unmittelbare Verantwortung für ihre Leute haben - und sich nicht hinter Sub-Konstruktionen wegducken können“, fasst der Arbeitsminister zusammen. „Wir schützen die Beschäftigten und beenden die Verantwortungslosigkeit in Teilen der Fleischindustrie.“

Gewerkschaft begrüßt Verbot von Werkverträgen als Meilenstein

Unterstützung kommt von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten. Die geplante Neuregelung sei ein „historischer Gesetzentwurf“. Der stellvertretende NGG-Bundesvorsitzende Freddy Adjan sagte: „Wir erwarten, dass der Kabinettsbeschluss, der, um auch das letzte Schlupfloch zu schließen, in Feinheiten im Gesetzgebungsverfahren nachgeschliffen werden muss, ohne Abstriche vom Bundestag beschlossen und Gesetz wird.“

Nach dem Kabinettsbeschluss muss das Gesetz noch durch Bundestag und Bundesrat.



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



DIALOGPOST
Ein Service der Deutschen Post

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / SEPTEMBER 2020

02.09.2020 – 19:30 Uhr

SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen

Restaurant Hammerschmiede
Laufamholzstraße 300

07.09.2020 – 19:30 Uhr

SPD Hasenbuck: Rote Runde Hasenbuck

Gasthof Süd
Ingolstädter Straße 51
90461 Nürnberg

08.09.2020 – 19:30 Uhr

SPD Fischbach: Mitgliederversammlung

Ski-Zimmer TSV Altenfurt
Wohlauer Str. 16
Nürnberg

08.09.2020 – 19:30

SPD Johannis: Mitgliederversammlung

Restaurant Athos
Johannisstraße 118
90419 Nürnberg

08.09.2020 – 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof: Ortsvereinstreffen

SIGENA-Plauenerstr. 7
90491 Nürnberg

15.09.2020 – 19:30 Uhr

SPD St. Leonhard-Schweinau:

Mitgliederversammlung

Stadtteilgalerie LeonArt
Leopoldstr. 27

Themen: Wahl der Bundeswahlkreisdelegierten, Besichtigung der Stadtteilgalerie

16.09.2020 – 19:30

SPD Hummelstein: Aktiventreff

Wirtshaus Galvani
Galvanistr. 10
90459 Nürnberg

28.09.2020 – 18:00 Uhr

SPD Lichtenhof: Mitgliederversammlung

Karl-Bröger-Zentrum
Willy Pröhl Saal
Thema: u.a. „Wahl der Delegierten zur Bundeswahlkreisdelegiertenkonferenz“

30.09.2020 – 19:00 Uhr

AK Umwelt: Aktiventreffen

Online



Auch im September müssen noch einige Parteitermine ausfallen.

Aktuelle Informationen zu den Terminen finden sich auf der Website der SPD Nürnberg unter www.spd-nuernberg.de.